

Der Freisinn ist keine Stapi-Partei mehr

Vor 20 Jahren hielt die FDP fast jedes zweite Stadtpräsidium im Kanton, jetzt nur noch das in Opfikon

STEFAN HOTZ

Am Sonntag sind die Kommunalwahlen 2018 im Kanton Zürich zum Abschluss gekommen, fast jedenfalls. Es folgen noch vereinzelte zweite Wahlgänge für Schulpflegen wie am Zürichberg. Die drei Gemeinden im Stammertal bestellen ihre gemeinsamen Behörden erst im Herbst; sie fusionieren Ende Jahr, ebenso wie Elgg und Hofstetten.

Ein Fazit lautet, dass trotz steigenden Rekrutierungsproblemen, soweit ersichtlich, alle Behörden besetzt werden können. Entsprechende Befürchtungen im Vorfeld der Wahlen tauchen so regelmässig auf, wie sie sich hinterher als übertrieben erweisen. Auch die kleinste Gemeinde Volken fand am 10. Juni im zweiten Wahlgang noch drei Mitglieder für den Gemeinderat, das letzte mit 22 Stimmen. Die Demokratie lebt.

Erfolgreiche Kandidaturen

Der Reigen der Wahlen in den Städten begann am 4. März mit einer deutigen Niederlage der SVP in Zürich und Winterthur. Er endete am Sonntag mit einer Randnotiz, die jedoch bezeichnend ist. In Adliswil gelang es der FDP im zweiten Wahlgang nicht, das Stadtpräsidium zu verteidigen. Ihre Kandidatin Susy Senn, die Vizepräsidentin des Stadtrats, unterlag CVP-Finanzvorstand Farid Zeroual.

Zuvor hatte die FDP schon das Stadtpräsidium von Dietikon ohne eigene Bewerbung aufgegeben. Weil ihre neuen

Gemeindewahlen

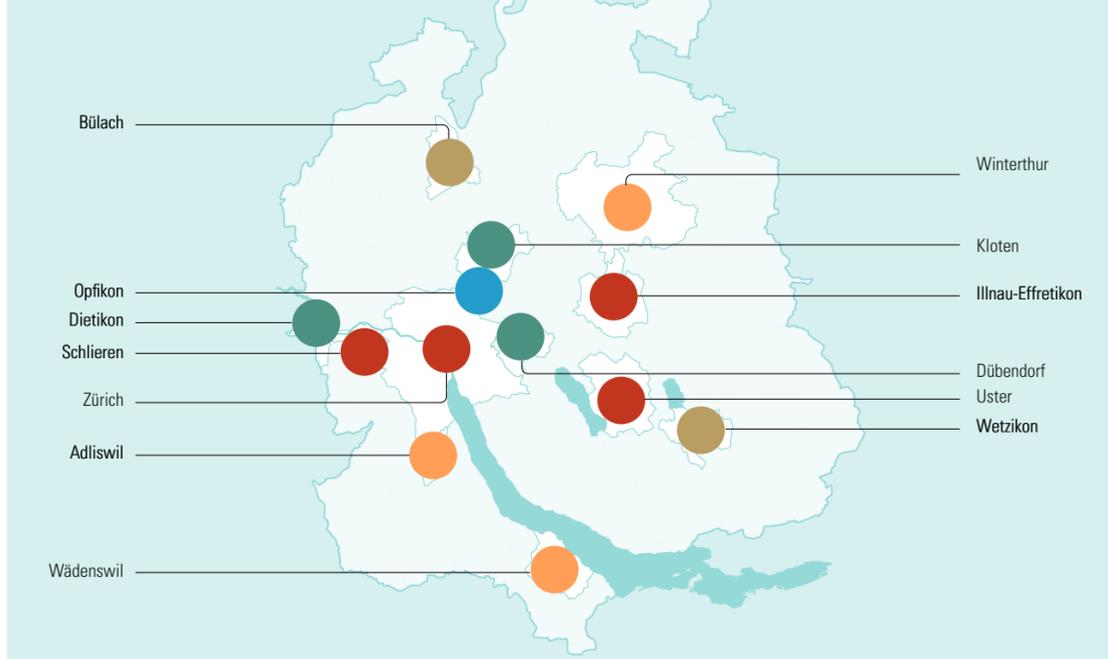
Die Zürcher Gemeinden haben bis im Juni ihre Behörden neu gewählt.

Kampfkandidaten für das höchste Amt in Zürich, Uster und Schlieren erfolglos geblieben, ist nun ihr einziger «Stapi» Paul Remund in Opfikon. Selbstverständlich ist diese Eingrenzung auf die 13 Zürcher Parlamentsgemeinden ziemlich willkürlich. Es gibt vor allem am See mit Horgen, Thalwil, Küsnacht und Meilen Gemeinden, die mehr Einwohner zählen als die kleinsten «Städte» und wo der Freisinn stark ist. Aber er ist gerade im Kanton Zürich doch die Regie-

Die meisten Stadtpräsidien hat die SP inne

Parteizugehörigkeit der Amtsinhaber

● SP ● FDP ● SVP ● CVP ● EVP



QUELLE: NZZ

NZZ-Infografik/lea.

rungspartei par excellence und war lange prädestiniert für den Posten.

Wendet man den Blick ebenso willkürlich 20 Jahre zurück, hatte die FDP fast die Hälfte der damals 12 Stadtpräsidien inne (Wetzikon gab sich 2014 ein Parlament). Die SP stellte nach den Wahlen 1998 mit Josef Estermann in Zürich erst einen Stadtpräsidenten, die FDP dagegen in Winterthur (Martin Haas), Uster (Elisabeth Surbeck), Schlieren (Rita Geistlich), Adliswil (Thomas Heiniger) und Wädenswil (Ueli Fausch) deren fünf. Die übrigen Präsidien verteilten sich neben der SP auf zwei Sitze für die SVP (Hans Bohnenblust, Dietikon und Bruno Heinzelmann, Kloten), die Grünen (Martin Graf, Illnau-Effretikon), die EVP (Heinz Jauch, Dübendorf), auf den Parteilosen Beat

Kocher in Bülach sowie Jürg Leuenberger vom Gemeindeverein in Opfikon.

SVP verliert 11 Stadtratsitze

Der Rückgang von fünf auf nur noch ein FDP-Stadtpräsidium ging einher mit einer gleichmässigeren Verteilung auf die übrigen Parteien (Karte). Am stärksten vertreten ist nach dem Erfolg von Barbara Thalmann in Uster die SP mit vier Stadtpräsidien, gefolgt von der SVP mit deren drei; sie eroberte das Amt in Dietikon und Dübendorf, gab es aber in Uster auf. Die CVP stellt nach dem Gewinn in Adliswil zusammen mit Winterthur und Wädenswil ebenso drei Stadtpräsidenten; vor 20 Jahren hatte sie noch keinen. Selbst die EVP ist mit ihren zwei Präsidenten in Bülach und Wetzikon in

dieser Hinsicht stärker vertreten als die FDP. Es macht den Anschein, als sei das zeitintensive, aber in kleineren Städten bescheiden entschädigte Stadtpräsidium für Freisinnige nicht eben attraktiv.

Diese Statistik steht etwas im Kontrast zur neuen Verteilung der insgesamt 93 Exekutivsitze in den 13 Parlamentsgemeinden. Hier kann die FDP ihre 24 Sitze halten, die SP einen auf 21 zulegen, während die SVP zwar ein Präsidium dazugewann, aber 14 ihrer zuvor 25 Stadtratsmandate verlor. Es zeigt sich aber ebenso, dass für die Grünen und die Grünliberalen, die beide ihre Sitzzahl in den Exekutiven von 3 auf 6 verdoppelten, der Weg in ein Stadtpräsidium steinig ist. Auch hier gilt, dass die Sicht auf die 13 Gemeinden mit Parlament nur einen Ausschnitt der Realität wiedergibt.

Das Altersheim, das Studenten aus aller Welt anzieht

Mit dem Bau von Mietwohnungen sichert der Verein Vinzenzheim die Zukunft seines Studentenheims in Zürich Witikon

WALTER BERNET

Der Weg führt vom Witiker Zentrum an viel Grün vorbei. Auf der linken Seite ist es natürlich und üppig, auf der rechten Seite, wo die Sportanlage Looren liegt, gestutzt und geputzt. Einfamilienhäuser prägen den folgenden Abhang bis zum Waldrand. Es ist ruhig hier. Bäume, Wiesen und Blumen lassen die Bauten in den Hintergrund rücken. Hunde werden spazieren geführt. Der richtige Ort für ein Altersheim? Ein unscheinbarer Bau stand am Rand des Einfamilienhausquartiers. Die Grösse des Grundstücks machte ihn kleiner, als er tatsächlich war. Errichtet wurde er in den 1930er Jahren vom katholischen Verein Vinzenz-Altersheim (siehe Zusatz). Dort betrieben die Sankt-Anna-Schwester aus Luzern bis 1989 im Auftrag des Vereins ein Altersheim. Das riesige Grundstück nutzen sie als Anbaufläche für Gemüse, Beeren und anderes. In den 1950er Jahren wurde wegen grosser Nachfrage ein neuer Gebäudetrakt angebaut. Am Ende zwang den Schwestern ihr eigenes Alter die Betriebsaufgabe auf.

Das war das Signal zu einer Neuausrichtung. Ein erstes Projekt für den Neubau eines Alters- und Pflegeheims mit psychogerontologischer Abteilung scheiterte daran, dass der Kanton in der damaligen finanziellen Krisenlage seine finanzielle Unterstützung aufkündigte. Man hatte plötzlich entdeckt, dass in Zürich gar kein Mangel an Plätzen in

Altersheimen bestand. So strich der gemeinnützige Verein schliesslich das Alter aus seinem Namen, nannte sich fortan Verein Vinzenzheim und widmete das Haus in ein Studentenheim für 120 Studierende aus aller Welt um. Als es 1992 eröffnet wurde, geschah dies unter der Auflage, rund eine Million Franken in Brandschutzmassnahmen zu investieren. Andernfalls muss es geschlossen werden, wie Vereinspräsident Hans-Ueli Gubser am Freitag erklärte.

Bis 2004 führte der Justinus-Verein Zürich das Studentenheim. Der 1961 gegründete Verein hatte sich die Förderung von Hochschul-Studierenden aus Entwicklungs- und Schwellenländern zum Ziel gemacht. Aus dem Verein stammt auch der heutige Leiter des Studentenheims, Favlos Danho. Als Mieter des nicht nur (katholischen) Christen offenstehenden Heims ist es ihm gelungen, stets ein volles Haus zu haben. Die relativ günstigen Preise, die ruhige Lage, die grosszügigen Möglichkeiten zum Musizieren, für die Andacht, für sportliche Betätigung und für das gemeinsame Kochen tragen zum Erfolg bei.

Die einzige Ungewissheit betraf die langfristigen Überlebensperspektiven des Heims. Seit einem Jahr ist auch das anders. Ein Gebäudeteil mit 50 Zimmern wurde abgebrochen, im Mai 2017 begann an dessen Stelle der Bau eines neuen Traktes mit 59 Zimmern. Wer vom Zentrum von Witikon kommt, entdeckt den Neubau aber kaum. Denn davor sind

vier grössere Baukörper mit insgesamt 26 Familienwohnungen kurz vor der Vollendung. Die vom Basler Generalplaner Burckhardt + Partner gebauten Studentenzimmer sollen im August bezugsbereit sein, die Wohnungen im November und Dezember.

Die vor mehr als zehn Jahren entstandene Idee ist es, die Erneuerung des gemeinnützigen Studentenheims langfristig mit den Erträgen aus den auf dem bisher ungenutzten Teil des Areals gebauten Mietwohnungen zu finanzieren. Stetig fliessende Einnahmen sollen zur Amortisation der gut 25 Millionen Fran-

ken beitragen, die insgesamt investiert wurden. Später wird der Verein darüber entscheiden, wie er mit dem verbliebenen Altbau umgehen will. Die lange Planungszeit war mit etlichen Umwegen und Tücken gepflastert. Am Ende konnte der Neubau trotz einem laufenden Quartierplanverfahren realisiert werden, als der Verein Vinzenzheim bereit war, den Ausbau der Loorenstrasse vorzufinanzieren. Der Architekt Andreas Miville sprach der Zürcher Verwaltung trotzdem ein grosses Lob für ihr Engagement zugunsten des Heims aus. Es scheint alles ein gutes Ende zu haben.

Caritative Gemeinschaft mit Tradition

wbt. · Mit Taten, nicht nur mit Worten wollte der Pariser Student Frédéric Ozanam caritativ tätig sein. Sein Vorbild war der Heilige Vinzenz von Paul (1581 bis 1660). Nach ihm benannte Ozanam den kleinen Kreis von Leuten, die ab 1833 die Vinzenzkonferenz bildeten. Viele weitere Konferenzen entstanden in der Folge auf der ganzen Welt, 1846 auch die erste in der Schweiz. Die Schweizerische Vinzenzgemeinschaft bezeichnet sich als älteste caritative Organisation in der Schweiz. Ihre Mitglieder sind ausschliesslich ehrenamtlich tätig. Sie war vor über 100 Jahren an der Gründung der Caritas Schweiz als professioneller Organisation der Sozialarbeit beteiligt.

Im Kanton Zürich gibt es siebzehn Vinzenzkonferenzen und -vereine, die oft im Rahmen einer Pfarrei persönliche Hilfe für in Not Geratene oder auf Unterstützung Angewiesene leisten. Zum Teil springen die Konferenzen auch ein, wenn eine Zahnbehandlung zu teuer ist oder das Geld für den Alltagsbedarf nicht reicht. Die Zürcher Vinzenzkonferenzen haben im Jahr 1930 einen Verein gegründet, dessen Zweck die Errichtung eines katholischen Altersheims war: den Verein Vinzenzheim Zürich. Er kaufte noch im gleichen Jahr in Witikon – damals noch nicht zu Zürich gehörend – das nötige Land zum Preis von 6 Franken pro Quadratmeter. Das war kein schlechter Entscheid.

Mehr Geld, um Prämien zu verbilligen

CVP lanciert Volksinitiative

ju. · CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid fährt schweres Geschütz auf: «Wir haben es hier mit einer sozialpolitischen Zeitbombe zu tun», sagt er und meint damit die steigenden Krankenkassenprämien. Selbst für Mittelstandsfamilien sei es mittlerweile schwierig, die Kosten noch zu tragen, weil die Prämien in den vergangenen Jahren deutlich stärker angestiegen seien als die Löhne. «Familien und Menschen in bescheidenen Verhältnissen bezahlten zur Jahrtausendwende noch 5 bis 7 Prozent ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien, heute sind es deutlich mehr als 10 Prozent», rechnet Schmid vor.

80 Millionen Franken

Die CVP hat deshalb eine kantonale Volksinitiative lanciert mit dem Titel «Raus aus der Prämienfalle». Damit soll festgelegt werden, dass der Beitrag des Kantons an die Prämienverbilligung mindestens so hoch sein muss wie der Bundesbeitrag. 2012 hatte der Kanton seinen Anteil auf 80 Prozent des Bundesbeitrags gesenkt. Um diesen Schritt rückgängig zu machen, müsste der Kanton jährlich 80 Millionen Franken zusätzlich in den Topf für die Prämienverbilligung einzahlen. Für die CVP sind diese Mehrausgaben gerechtfertigt. «Die Krankenkassenprämien müssen für möglichst viele Menschen tragbar bleiben», sagt Schmid. Andernfalls sei das heutige System mit Kopfprämien in Gefahr und drohe von einem einkommensabhängigen System abgelöst zu werden. In den nächsten Jahren werde es zudem nochmals zu einem starken Anstieg der Prämien kommen, weil medizinische Behandlungen vermehrt ambulant vorgenommen würden. Das ist an sich zwar günstiger, aber im ambulanten Bereich werden die Eingriffe allein von den Krankenkassen bezahlt, im stationären Bereich teilen sich Kassen und öffentliche Hand die Kosten.

Der CVP geht es mit ihrer Initiative freilich auch um die im nächsten Jahr anstehenden Kantonsratswahlen. Spannungen im bürgerlichen Lager sind programmiert. Denn SVP und FDP haben mit der mittlerweile wieder gut gefüllten Staatskasse ganz anderes im Sinn: SVP-Regierungsrat Ernst Stocker erklärte im März, den kantonalen Steuerfuss um 2 Prozentpunkte senken zu wollen. Gleichzeitig Steuern zu senken und mehr Geld für Prämienverbilligungen auszugeben, wird nicht drin liegen. Das ist auch Schmid bewusst. «Wir stehen zur bürgerlichen Zusammenarbeit, aber wir haben trotzdem ein eigenes Profil.» Er betont jedoch, dass die CVP weiterhin auch dafür einstehe, im Gesundheitswesen Kosten einzusparen, und verweist auf diverse Vorstösse in dieser Richtung.

Auch SVP will nicht nur sparen

SVP-Kantonsrat Claudio Schmid ist derweil irritiert vom Vorgehen der CVP. «Es riecht schon sehr danach, als wolle die Partei mit dieser Initiative einen Schiffbruch bei den Wahlen verhindern.» Vor allem den Zeitpunkt hält er für befremdlich, schliesslich wird momentan in der Gesundheitskommission des Kantonsrats beraten, wie die Prämienverbilligung umgestaltet werden soll. Zentral an der Vorlage des Regierungsrates ist es, bestehende Fehler im System auszumerken. So haben heute auch Studenten mit reichen Eltern Anspruch auf Prämienverbilligung.

Dass sich dies ändern soll, ist unbestritten. Offen ist jedoch, was mit dem eingesparten Geld passiert. Im Rahmen des kantonalen Sparpaketes LÜ 16 hätte damit die Staatskasse um jährlich 40 Millionen Franken entlastet werden sollen. Dazu dürfte es aber nicht mehr kommen, denn die SVP will sich vom Sparvorhaben verabschieden. «Die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch, dass wir uns gegen die Einsparung aussprechen werden», sagt Claudio Schmid. Zum einen, weil LÜ 16 gescheitert sei, zum anderen, weil sich die finanzielle Lage des Kantons entspannt habe. Damit würde das eingesparte Geld den Bezüglern von Prämienverbilligungen zugutekommen.